

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte, die in Anwendung des EG-Vertrags/Euratom-Vertrags erlassen wurden)

ENTSCHEIDUNGEN UND BESCHLÜSSE

RAT

ENTSCHEIDUNG DES RATES

vom 27. November 2008

zur Änderung der Teile 1 und 2 des Schengener Konsultationsnetzes (Pflichtenheft)

(2008/910/EG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 789/2001 des Rates vom 24. April 2001, mit der dem Rat Durchführungsbefugnisse im Hinblick auf bestimmte detaillierte Vorschriften und praktische Verfahren zur Prüfung von Visumanträgen vorbehalten werden⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 1 Absatz 2,

auf Initiative der Republik Slowenien,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Das VISION-Netz wurde mit dem Ziel errichtet, die Konsultation zwischen den zentralen Behörden der Partnerstaaten bei Visumanträgen von Angehörigen problematischer Länder zu ermöglichen.
- (2) Um zu einem pragmatischen Ansatz zu gelangen und zu vermeiden, dass das Schengener Konsultationsnetz durch die Übermittlung einer hohen Zahl von Fehlermeldungen überlastet wird, wenn das Transfer-Systemteil (Message Transfer Agent — MTA) eines Mitgliedstaats vorübergehend nicht empfangsbereit zu sein scheint, sollte das Verfahren zur nochmaligen Übermittlung geändert werden.
- (3) Zur Vermeidung einer inkohärenten Verwendung der Codes für die verschiedenen Arten von Visa, die zu Fehlinterpretationen beim Schengener Konsultationsverfahren führen könnte, wird ein gemeinsamer Ansatz benötigt, wenn das Konsultationsverfahren Visa der Kategorie D + C betrifft.

- (4) Unter Berücksichtigung der Beiträge einzelner Mitgliedstaaten und zur Vereinfachung des Schengener Konsultationsverfahrens sollte für jede Art von Visum jeweils nur ein Code verwendet werden.
- (5) Es ist notwendig, das Pflichtenheft des Schengener Konsultationsnetzes zu aktualisieren, damit es diesen Änderungen Rechnung trägt.
- (6) Gemäß den Artikeln 1 und 2 des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigefügten Protokolls über die Position Dänemarks beteiligt sich Dänemark nicht an der Annahme dieser Entscheidung und ist weder durch diese gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet. Da mit dieser Entscheidung der Schengen-Besitzstand nach den Bestimmungen von Titel IV des dritten Teils des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft ergänzt wird, beschließt Dänemark gemäß Artikel 5 des genannten Protokolls innerhalb von sechs Monaten nach der Annahme dieser Entscheidung durch den Rat, ob es diese in einzelstaatliches Recht umsetzt.
- (7) Für Island und Norwegen stellt diese Entscheidung eine Weiterentwicklung von Bestimmungen des Schengen-Besitzstands im Sinne des Übereinkommens zwischen dem Rat der Europäischen Union sowie der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung der beiden letztgenannten Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands⁽²⁾ dar, die zu dem in Artikel 1 Buchstabe A des Beschlusses 1999/437/EG des Rates⁽³⁾ zum Erlass bestimmter Durchführungsvorschriften zu dem Übereinkommen genannten Bereich gehören.

⁽¹⁾ ABl. L 116 vom 26.4.2001, S. 2.

⁽²⁾ ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 36.

⁽³⁾ ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 31.

- (8) Für die Schweiz stellt dieser Beschluss eine Weiterentwicklung von Bestimmungen des Schengen-Besitzstands im Sinne des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung dieses Staates bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands ⁽¹⁾ dar, die in den in Artikel 1 Buchstabe A des Beschlusses 1999/437/EG in Verbindung mit Artikel 3 des Beschlusses 2008/146/EG des Rates ⁽²⁾ über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — dieses Abkommens genannten Bereich fallen.
- (9) Für Liechtenstein stellt dieser Beschluss eine Weiterentwicklung von Bestimmungen des Schengen-Besitzstands im Sinne des zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein unterzeichneten Protokolls über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zu dem Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands dar, die in den in Artikel 1 Buchstabe A des Beschlusses 1999/437/EG in Verbindung mit Artikel 3 des Beschlusses 2008/261/EG des Rates ⁽³⁾ über die Unterzeichnung — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — und die vorläufige Anwendung einiger Bestimmungen dieses Protokolls genannten Bereich fallen.
- (10) Diese Entscheidung stellt eine Weiterentwicklung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands dar, an denen das Vereinigte Königreich sich gemäß dem Beschluss 2000/365/EG des Rates vom 29. Mai 2000 zum Antrag des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, einzelne Bestimmungen des Schengen-Besitzstands auf sie anzuwenden ⁽⁴⁾, nicht beteiligt. Das Vereinigte Königreich beteiligt sich daher nicht an der Annahme dieser Entscheidung und ist weder durch diese gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet.
- (11) Diese Entscheidung stellt eine Weiterentwicklung von Bestimmungen des Schengen-Besitzstands dar, an denen sich Irland gemäß dem Beschluss 2002/192/EG des Rates vom 28. Februar 2002 zum Antrag Irlands auf Anwendung einzelner Bestimmungen des Schengen-Besitzstands auf Irland ⁽⁵⁾ nicht beteiligt. Irland beteiligt sich folglich nicht an der Annahme dieser Entscheidung, und ist weder durch diese gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet.
- (12) Für Zypern stellt diese Entscheidung einen auf dem Schengen-Besitzstand aufbauenden oder anderweitig damit zusammenhängenden Rechtsakt im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 der Beitrittsakte von 2003 dar.
- (13) Diese Entscheidung stellt einen auf dem Schengen-Besitzstand aufbauenden oder anderweitig damit zusammenhängenden Rechtsakt im Sinne des Artikels 4 Absatz 2 der Beitrittsakte von 2005 dar —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Teil 1 des Schengener Konsultationsnetzes (Pflichtenheft) wird gemäß Anhang I dieser Entscheidung geändert.

Artikel 2

Teil 2 des Schengener Konsultationsnetzes (Pflichtenheft) wird gemäß Anhang II dieser Entscheidung geändert.

Artikel 3

Diese Entscheidung gilt ab dem 1. Februar 2009.

Artikel 4

Diese Entscheidung ist gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am 27. November 2008.

Im Namen des Rates

Die Präsidentin

M. ALLIOT-MARIE

⁽¹⁾ ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 52.

⁽²⁾ ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 83 vom 26.3.2008, S. 3.

⁽⁴⁾ ABl. L 131 vom 1.6.2000, S. 43.

⁽⁵⁾ ABl. L 64 vom 7.3.2002, S. 20.

ANHANG I

Teil 1 des Schengener Konsultationsnetzes (Pflichtenheft) wird wie folgt geändert:

1. Abschnitt 1.2 erhält folgende Fassung:

„1.2. AVAILABILITY OF THE TOTAL SYSTEM

As a matter of principle Vision is designed as a system running 24 hours a day, seven days a week. In the event of one of the connections breaking down, the MTA, the user agent, and if necessary, the national application, should have the capacity to store the data to be sent or received via the network for several days. Consequently, bearing in mind the estimated daily traffic and the potential increases in traffic due to political decisions on visa matters, the MTA, the user agent, and where necessary, the national application, must meet the following minimum requirements.

In addition, the MTA, the user agent and the national application must be able to cope with possible breakdowns of other partner systems. They must resend messages which have not been delivered, but not overload other partner systems by, for example, unnecessary repetition of messages which are thought to have been lost.“

2. Abschnitt 1.2.1 erhält folgende Fassung:

„1.2.1. *Strategy to avoid and reduce breakdown-related disruption*

If the system breaks down, operation must be resumed within 24 hours. To ensure that operations are resumed, the following minimum undertakings apply:

- The Schengen States are required to have a service contract guaranteeing repairs to, and/or replacement of, hardware and software.
- The Schengen States are required to have a backup system.
- The Schengen States are required to equip their MTA with a preventative peripheral device to compensate any power malfunctions.
- The Schengen States are required to guarantee that MTA and applications hardware and software are not cut off for any reason other than breakdown or maintenance. In case of regular maintenance, such as database backups, the maintenance slot shall not exceed a maximum of two hours.
- The Schengen States are to guarantee the availability of sufficient personnel during working hours to ensure operation of the MTA at the best possible rate.
- The Schengen States are required to distinguish clearly between the test environment and the operational environment; adapting the test environment should not affect the operational equipment and vice versa.
- Adaptations to the Schengen Consultation Network should always be tested in the test environment before being used in the operational environment.

In addition the system must be able to cope with the following amounts of data:

- store the equivalent of two days operations, i.e. a maximum of 100 Megabytes;
- send up to 30 000 messages and 30 000 delivery reports per day;
- receive up to 30 000 messages and 30 000 delivery reports per day.

In addition, each Schengen State must distinguish between 'retransmitting' and 'resending as a new message'. The term 're-send' in the next chapters (especially 1.2.2) covers both cases, but the following distinction must be made:

- 'retransmitting' means sending again the same message, usually subject to retransmission parameters of the MTA (e.g. sendmail, MS-Exchange, Lotus Notes). After each retransmission there are no more messages in the system, the first message is just transmitted again.
- 'resending as a new message' means that a new message with the same content is prepared. The destination point might receive two different messages, but with the same content, if the first one was held in a queue somewhere.

Schengen States are invited to use the first possibility (retransmitting) wherever possible, to avoid the unnecessary multiplying of messages in the system."

ANHANG II

Teil 2 des Schengener Konsultationsnetzes (Pflichtenheft) wird wie folgt geändert:

1. Abschnitt 2.1.4 erhält die Überschrift No. 026 folgende Fassung:

„Heading No. 026: Type of visa format: code (2)

Codification of the various types of visas defined in the Common Visa Instructions. The entire heading, or part of it, can be used for the visa sticker.

„B' transit visas

„C' short -stay visas

„DC' long-stay visas valid concurrently as short-stay visas“;

2. In den Abschnitten 2.1.4. (Form A), 2.1.6. (Form C), 2.1.7. (Form F) erhält der Inhalt der Zeile 026 in der fünften Spalte der Tabelle („Examples/Comments“) folgende Fassung:

„C {'B'|'C'|'DC'}“.
